

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

JULI 2017

ZEIT FÜR GERECHTE STEUERN



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landes- und Fraktions-
vorsitzender

Während die CDU bei Rente und Steuern im Dunkeln lässt, was sie vorhat, hat die SPD zu beiden Themen solide, machbare Pläne vorgelegt. Als Leiter der Arbeitsgruppe Steuern freut es mich, gemeinsam mit vielen Mitstreitern ein so rundes und stimmiges Programm vorlegen zu können.

Es verbindet die Entlastung von Familien und von kleinen und mittleren Einkommen mit dem Ausbau von Schulen und Infrastruktur und der Gebührenfreiheit für Kinderbetreuung. Auf der anderen Seite verlagert es mehr Verantwortung auf die starken Schultern. Wir wollen damit den Trend der vergangenen Jahrzehnte umkehren und endlich die entlasten, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

Die geplante Entlastung resultiert aus unterschiedlichen Faktoren: Der Solidaritätszuschlag soll für kleinere und mittlere Einkommen 2020 entfallen und für höhere Einkommen stufenweise abgebaut werden. Ein echtes Pfund für Familien ist die Abschaffung der Kitagebühren. Den Steuertarif wollen wir so verändern, dass mittlere Verdiener weniger Steuern zahlen und der Spitzensteuersatz später greift. Gerade niedrige Einkommen profitieren besonders von Entlastungen bei den Sozialabgaben.

Auf der anderen Seite verlangen wir Wohlhabenden und Gutverdienern mehr ab: Durch eine Reichensteuer, einen mäßig erhöhten Spitzensteuersatz und die Abschaffung der besonders günstigen Abgeltungssteuer für Kapitalerträge. Das dient dazu, dass diejenigen, die ihr Geld für sich arbeiten lassen, auf ihre Erträge dieselben Steuern zahlen wie alle anderen auf Einkommen aus Arbeit. Auch an die Erbschaftssteuer wollen wir noch einmal herangehen. Und schließlich steht die SPD dafür, Steuerhinterzieher ordentlich Druck zu machen und kreative Steuertricks bekämpfen. Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

FÜR GEBÜHRENFREIE BILDUNG IN HESSEN

WIR WEITEN UNSERE TRADITIONELLE SCHULSTARTAKTION ZU EINER KITA- UND SCHULSTARTAKTION AUS UND VERTEILEN NACH DEN SOMMERFERIEN VOR SCHULEN UND KINDERGÄRTEN. MATERIAL BIS ZUM 5. JULI

BESTELLEN:

landesverband.hessen@spd.de

ODER

0611 999 77-15

0611 999 77-15

INVESTITION IN QUALIFIZIERUNG

MARTIN SCHULZ IN OFFENBACH AM 9. JUNI

Ich freue mich, dass Offenbach mal wieder der Mittelpunkt einer zentralen Veranstaltung im Wahlkampf sein kann. Das macht mich stolz“, begrüßte der Oberbürgermeister von Offenbach, Horst Schneider, die rund 1.200 Bürgerinnen und Bürger sowie Genossinnen und Genossen, die am 9. Juni in der ESO-Sportfabrik Bürgel dem Auftritt von Kanzlerkandidat Martin Schulz entgegenfieberten. Nach einer kurzen Talkrunde mit dem Oberbürgermeisterkandidaten Dr. Felix Schwenke und dem neuen Bundestagskandidaten des Wahlkreises Tuna Firat, moderiert durch Heike Habermann, MdL, begann der Auftritt des Parteivorsitzenden.

„Wir können heute nicht mehr erwarten, dass wir unsere Demokratie vom Sofa aus verteidigen können“, machte

zunächst der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel deutlich. „Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in unserem Land. Die Zukunft der Arbeit unterliegt tief greifenden Veränderungen, und damit dürfen wir die Menschen nicht alleine lassen.“

Dabei machte der stellvertretende Parteivorsitzende auch deutlich, was für ihn im Zentrum des beginnenden Wahlkampfes steht: „Verteilungspolitik hat nichts in der Bildungspolitik zu suchen – sie gehört in die Steuerpolitik. Wir werden in den kommenden Monaten klar beschreiben, was wir verändern wollen. Und Martin Schulz ist der Mann, der darüber sprechen kann, wie kein zweiter“, erklärte Schäfer-Gümbel und begrüßte damit den Spitzenkandidaten in Hessen. ■

Fortsetzung auf Seite 2



Kanzlerkandidat Martin Schulz wurde in der Sportfabrik Bürgel mit Europafahnen empfangen.

WIR
GRATULIEREN

Thomas Pauli,
Bürgermeister von
Neu-Anspach

Dr. Sascha Weber,
Bürgermeister von
Wald-Michelbach

Philipp Thoma,
Bürgermeister von
Fischbachtal

DIREKTWAHLEN
IN HESSEN

20.08.2017

Joachim Ruppert
will Bürgermeister
von Groß-Umstadt
bleiben.

03.09.2017

Thomas Schell
möchte Bürgermeister
von Biebesheim am
Rhein bleiben.

03.09.2017

Dr. Klaus-Dieter Rack
möchte Bürgermeister
von Friedberg
werden.

10.09.2017

Dr. Felix Schwenke
möchte Ober-
bürgermeister von
Offenbach werden.

INVESTITION IN QUALIFIZIERUNG

MARTIN SCHULZ IN OFFENBACH AM 9. JUNI

Fortsetzung von Seite 1

In einer fulminanten Rede spannte Martin Schulz den Bogen von der Außen- und Europapolitik bis hin zu einer nachhaltigen Investitionspolitik in Qualifizierung. Alles mit dem einen Ziel, der Verantwortung einer Kanzlerschaft gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und den Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden. „Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert von Toleranz und Solidarität. Es ist unsere Aufgabe, den Staat leistungsfähig zu machen, um die rich-

tigen Antworten für die Bereiche Bildung und Familie zu geben“, betonte Schulz zunächst. Dabei bekräftigte er die Rolle Europas als einziger Kontinent, in dem es Grundrechte auf der einen Seite und ökologisches Verantwortungsbewusstsein auf der anderen Seite gebe. „Wir müssen unsere Kraft ökologisch, ökonomisch und politisch bündeln“, erklärte der Kanzlerkandidat dazu und mahnte gleichzeitig: „Eine Demokratie kann sich nicht schützen, indem sie ihr Fundament aufgibt.“ In

einer knapp einstündigen Rede schilderte Schulz seine Pläne für eine nachhaltige Investitionspolitik, die Positionierung Deutschlands innerhalb Europas und eine zukunftsfähige Rentenpolitik. Wenn die Bundesrepublik qualitativ durch Investitionen wachse, dann stärke das auch ihre Nachbarn. „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein – nach innen und nach außen“, schloss Martin Schulz seine Rede in Bürgel und begeisterte die Gäste. ■



Offenbach soll rot bleiben: Oberbürgermeisterkandidat Dr. Felix Schwenke bei der Talkrunde.



Schulz und TSG: Parteichef und Parteivize sind sich einig: Europa braucht keine neue Aufrüstungsspirale.

9. MITARBEITERKONVENT DER SPD HESSEN

Ich will, dass wir selbst an uns glauben“, begrüßte Generalsekretärin Nancy Faeser zum nunmehr neunten Mitarbeiterkonvent der SPD Hessen am 7. Juni in Fulda. Nur wer selbst an einen Wahlerfolg glaube, könne auch Wahlen gewinnen, so die Generalsekretärin. Über 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen SPD aus Abgeordnetenbüros, Fraktionen, Unterbezirken und Bezirken teilten sich anschließend in acht vorher ausgewählte Workshops auf und beschäftigten sich unter anderem mit The-



Thorsten Schäfer-Gümbel stand Rede und Antwort.



Generalsekretärin Nancy Faeser freute sich über rege Teilnahme am 9. Mitarbeiterkonvent.

men rund um Informationen zur Bundestagswahl, Aktivierung von Ortsvereinen oder Projektmanagement. Nach anderthalb Stunden wechselten die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einen zweiten praxisnahen Workshop. Zeit zum Austauschen und Netzwerken bot die Mittagspause mit Generalsekretärin Nancy Faeser. In einer anschließenden Aussprache mit Landesschef Thorsten Schäfer-Gümbel konnten Fragen rund um die Bundestagswahl und zu weiteren Themen gestellt werden. ■

ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT

LANDESPARTEITAG IN KASSEL

Auf dem Landesparteitag im April standen die Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl im Herbst, die Rede des hessischen Spitzenkandidaten Michael Roth und des Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel im Mittelpunkt. „Nur eine starke Sozialdemokratie kann Rechtspopulismus in Parlamenten verhindern“, machte Generalsekretärin Nancy Faeser bei ihrer Begrüßung zum außerordentlichen Parteitag mit Vertreterversammlung deutlich. „Heute werden die Weichen zur Bundestagswahl gestellt.“

Nicht nur Delegierte und Gäste, sondern auch zahlreiche Neumitglieder waren für den Parteitag nach Kassel gekommen. Diese konnten im Anschluss Thorsten Schäfer-Gümbel persönlich treffen. „Die meisten Neumitglieder, die mir geschrieben haben, haben mir erklärt, ihr Eintrittsgrund sei weder der Schulz-Hype noch der Trumpf-Effekt – vielmehr haben sie sich einfach dazu entschieden, sich einzumischen, weil es an der Zeit war“, erklärte der Landeschef in seiner Rede. Ein weiteres wichtiges Thema für ihn: die Notwendigkeit eines neuen Hessenplans. Dieser müsse den Anspruch haben, die großen Herausforderungen unserer Zeit in und für Hessen zu beantworten. Ganz oben auf der Liste stünden dabei die Themen Wohnen und Mobilität. „Da,



Landesparteitag: Staatsminister Michael Roth wird hessischer Spitzenkandidat.



Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel motivieren auf dem Weg zur Bundestagswahl.

wo wir uns einen Plan vornehmen, wollen wir ihn anschließend auch erfolgreich umsetzen“, bekräftigte Schäfer-Gümbel.

Mit einem Ergebnis von 95,35 % wurde anschließend der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, zum hessischen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gekürt. „Ich will gemeinsam mit euch dafür sorgen, dass wir mehr werden. 16 Bundestagsabgeordnete aus Hessen reichen uns noch nicht“, erklärte Roth. Neben der Landesliste wurde der Leit-antrag „Frühe Bildung stärken, Kommunen und Eltern entlasten“ von den Delegierten beschlossen. ■

STÖFFCHE IN BERLIN

8. BERLINER APFELWEINANSTICH DER SPD HESSEN

Mehr als 300 Gäste aus Hessen und Berlin begrüßten am 17. Mai das hessische Nationalgetränk – das Stöffche – in Berlin. Beim nunmehr schon 8. Berliner Apfelweinstich der SPD Hessen ließen sich die Gäste die Apfelweinspezialitäten der Kelterei Heil bei sommerlichen Temperaturen und entspanntem Austausch schmecken.



Kabarettist Dietrich Faber als Manni Kreutzer.

Im Mittelpunkt standen Gespräche mit Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und vielen anderen Multiplikatoren. Mit hessischen Spezialitäten wie Handkäs und Grüner Soße war Hessen in aller Munde. Für unterhaltsame Leckerbissen sorgte der Kabarettist Dietrich Faber als Manni Kreutzer. ■



Zapfmeister Patrick Koch: Pfungstädts Bürgermeister zapfte das Pfungstädter Bier selbst.



Anprosten mit dem Äppler der Kelterei Heil.

LANDESLISTE FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL

1. Michael Roth
2. Christine Lambrecht
3. Dr. Markus Sascha Raabe
4. Dagmar Schmidt
5. Sören Bartol
6. Ulrike Nissen
7. Martin Hermann Rabanus
8. Bettina Müller
9. Dr. Jens Zimmermann
10. Birgit Kömpel
11. Dr. Edgar Konrad Hartmut Franke
12. Christel Sprößler
13. Matthias Körner
14. Natalie Pawlik
15. Simon Rottloff
16. Esther Dilcher
17. Dr. Hans Joachim Schabedoth
18. Dr. Ilja-Kristin Seewald
19. Tuna Firat
20. Britta Schenk
21. Timon Gremmels
22. Serpil Sarikaya
23. Jan Patrick Jürgen Deboy
24. Esther Kalveram
25. Dr. Oliver Strank
26. Cornelia Hentz-Döring
27. Stefan Ringer
28. Monika Vaupel
29. Jürgen Gasper
30. Henrike Blaum
31. Helmut Wettlaufer
32. Jana Planz
33. Meysam Ehtemai
34. Miriam Collée
35. Michael Nass
36. Bettina Riemen-schneider-Wickert
37. David Wade
38. Silvia Demper
39. Christian Spiegelberg
40. Elvan Polat
41. Alexander Peter Best
42. Anna-Katharina Dana Kappelhoff
43. Jan Kramer
44. Christel Elfriede Keim
45. Ismail El Chab
46. Heinz Gärtner
47. Andreas Schaake
48. Günter Schmitt
49. Gerhard Eschborn

VIER SCHRITTE ZUM ZIEL

Die hessische SPD will die Elternbeiträge in vier Schritten nach der Landtagswahl 2019 abschaffen.

1. Schritt:

Keine Gebühren im letzten und vorletzten Kindergartenjahr für alle Betreuungszeiten, also auch für einen Ganztagsplatz.

2. Schritt:

Das erste Kindergartenjahr wird ebenfalls für alle Betreuungszeiten beitragsfrei.

3. Schritt:

Kinder ab zwei Jahre können unabhängig von der Betreuungszeit kostenfrei in Krippe und Kita.

4. Schritt:

Frühe Bildung ist komplett gebührenfrei.

ORTSVEREINS- UND FRAKTIONS- KONFERENZ

Der Landesverband und die Landtagsfraktion laden zur dritten ganztägigen Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz nach Allendorf bei Gießen ein, am **28. Oktober 2017, 10-16.30 Uhr.**

Die Konferenz dient dem Austausch zwischen den Verantwortungsträgern auf kommunaler und Landesebene. ■

FÜR GEBÜHRENFREIE BILDUNG

KITA- UND SCHULSTARTAKTIONEN IN HESSEN

Das Recht auf gute Bildung für alle darf nicht zu einer Phrase verkommen. Dazu gehört für die SPD vor allem die Gebührenfreiheit von Anfang an. Auf dem vergangenen Landesparteitag wurde deshalb die Forderung erneuert, den Besuch von Kitas kostenfrei zu gestalten. „Der Zugang zu Bildung muss gebührenfrei sein. Das gilt heute ganz selbstverständlich für die Schule und das Erststudium an unseren Universitäten. Es gibt keinen Grund, warum das Prinzip der Gebührenfreiheit nicht auch für die frühkindliche Bildung gelten sollte. Wer die frühkindliche Bildung ernst nimmt und als Grundstein für spätere Bildungserfolge sieht, muss sie geradezu zwangsläufig gebührenfrei anbieten“, bekräftigte der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Damit einhergehend sollen auch die Kommunen entlastet werden.

Nach den Sommerferien beginnt für viele Kinder in Hessen die Grundschule. Ebenso öffnen Kitas wieder ihre Türen und begrüßen viele neue Kleine. Seit Jahren werben SPD-Ortsvereine und Abgeordnete vor den Schultoren für die bildungspolitischen Kernziele der SPD. In diesem Jahr wird die Schulstartaktion erweitert.



Thorsten Schäfer-Gümbel will Familien entlasten.

In der Schulstartwoche ab dem 14. August sollen verschiedene Aktionen vor Kindertagesstätten und Schulen durchgeführt werden. Dafür können wie auch in den vergangenen Jahren passende Giveaways beim Landesverband bestellt werden. Unter anderem Brotbox, Badeente und Straßenmalkreide eignen sich nicht nur für Aktionen in der ersten Schulwo-

che, sondern auch für SPD-Sommer- und Familienfeste in den Sommerferien und den Infostand.

Das Angebot kann unter www.spd-hessen.de/bestellschein-schulstart eingesehen werden. Für Kurzentschlossene wurde die Bestellfrist bis zum 5. Juli verlängert. Bestellungen gehen an: landesverband.hessen@spd.de oder **0611/999 77 0**. ■

DAS BUCH „ALTE-SÄCKE-POLITIK“

LESUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

Nur wenn wir radikal umsteuern, können wir Kindern und Enkeln unser Land ein wenig besser hinterlassen“, sagt Wolfgang Gründinger in seinem Buch „Alte-Säcke-Politik“. Bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Hessen in Darmstadt las der Autor und Zukunftslobbyist (u. a.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Think Tank 30 des Club of Rome) aus seinem Werk und diskutierte mit Moderator Simon Schüler (FES) und dem Publikum über seine Thesen. Zwar gehe es uns aktuell noch vergleichsweise gut in Deutschland – „doch Politik und Wirtschaft verschlafen die Megatrends

unserer Zeit“, so Gründinger. Die großen Herausforderungen unserer Zukunft wie demografischer Wandel, Digitalisierung, Globalisierung oder Klimawandel seien zwar bekannt und würden wortreich diskutiert, doch konkrete Maßnahmen blieben oftmals aus.

Gründinger kritisierte die „Politik der ruhigen Raute“ und die generelle Neigung in Politik und Gesellschaft, sich eher an aktuellen Bedarfen zu orientieren als an den prägenden Fragen der Zukunft. Ob zu Bildung, Rente, Arbeit oder digitaler Welt – der Autor vertrat viele progressive und gleichermaßen kontroverse Thesen. Er räumte mit dem Vorurteil auf, dass die Jugend politisch desinteressiert sei, appellierte aber auch an die zahlreichen jüngeren Gäste, sich noch stärker zu engagieren. Wichtig sei am Ende auch der Schulterschluss der Generationen, denn „der Jugend gehört die Zukunft, aber den Alten gehört alles andere“. Nur gemeinsam und mit einer nach vorne schauenden Solidarität könnten die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich angegangen werden. ■



Kontroverse Diskussion bei der FES: Nur gemeinsam geht es in Richtung Zukunft.

GEBÜHRENFREIE KITAS SIND FINANZIERBAR

Die SPD hat die Forderung erneuert, den Besuch von Kindertagesstätten für die Eltern gebührenfrei zu gestalten. Gleichzeitig werde die SPD in Regierungsverantwortung die Kommunen bei den Betriebskosten der Kitas entlasten, kündigte der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel in einer emotionalen Debatte im Hessischen Landtag an. Durch die Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs werde zudem das bisherige System des Finanzausgleichs ab dem Jahr 2020 auf eine neue Basis gestellt. „Das neue System gibt allen Bundesländern ab 2020 mehr finanziellen Spielraum, der dringend für Investitionen in unser Bildungssystem benötigt wird. Der hessische Landeshaushalt wird durch die Neuregelung um rund 500 Millionen Euro jährlich entlastet. Es ist eine Frage der politischen Prioritäten, wofür die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel dann eingesetzt werden. Für die SPD ist ganz klar: Das Geld muss verwendet werden, um die Kita-Gebühren in unserem Land schrittweise abzuschaffen und die Kommunen bei den Betriebskosten für die Kindertagesstätten zu entlasten“, so Schäfer-Gümbel. Die schwarz-grüne Lan-

desregierung könne sich bei diesem Thema nun nicht mehr hinter der schwarzen Null und der Schuldenbremse verstecken. Angesichts der ohnehin hervorragenden Haushaltslage und der Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich müssten die gebührenfreien Kitas in Hessen kommen. „Ministerpräsident Bouffier hat zu Beginn

der Legislaturperiode versprochen, die Eltern in unserem Land von den Gebühren zu entlasten, wenn die Mittel dafür da sind. Das ist jetzt der Fall. Die Glaubwürdigkeit von Schwarz-Grün misst sich auch daran, ob die Zusage gegenüber den hessischen Eltern eingehalten wird“, sagte der Vorsitzende. ■



Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, erinnerte Ministerpräsident Bouffier an dessen Versprechen, Eltern zu entlasten.



Karin Hartmann, MdL

SCHWIMM- BÄDER SIND KEIN LUXUS

„Als weiteres Warnsignal“ hat die Landtagsabgeordnete Karin Hartmann die Zahlen aus der Jahresbilanz der DLRG zur erneuten Zunahme von tödlichen Badeunfällen bezeichnet. „Immer weniger Eltern stufen ihre Kinder als sichere Schwimmer ein, jeder zweite Grundschüler gilt mittlerweile nicht mehr als sicherer Schwimmer. Nicht zuletzt der traurige Zuwachs um 50 Prozent auf nunmehr 36 Badetote in Hessen im vergangenen Jahr zeugt von der Notwendigkeit, dass Kinder schwimmen lernen. Um der Gefahr des Ertrinkens vorzubeugen, sollten Kinder möglichst früh, spätestens bis zum Ende der Grundschulzeit, schwimmen lernen. Schwimmbäder sind kein Luxus, sondern notwendige Infrastruktur und Teil der Daseinsfürsorge“, sagte Hartmann. Die SPD fordere neben einem Sportstätten-sanierungsprogramm auch eine wirkungsvolle Finanzhilfe aus Landesmitteln für Kommunen, wenn diese Schwimmbäder vorhalten. ■

AUFTAKTVERANSTALTUNG „HESSEN VON MORGEN“

Am 19. Mai fand im nordhessischen Baunatal die erste Veranstaltung der neuen Reihe „Hessen von morgen“ der Landtagsfraktion statt. Thorsten Schäfer-Gümbel diskutierte am nordhessischen VW-Standort mit dem VW-Betriebsrat Carsten Bätzold und dem Baunataler Bürgermeister Manfred Schaub darüber, wie angesichts der Entwicklung der Elektromobilität Einkommen und Arbeit in der Automobilindustrie gesichert werden können. Manfred Schaub betonte die Bedeutung der Betriebsräte als Gesprächspartner für Zukunftsfragen. „Die Betriebsräte haben immer die Arbeitsplätze im Blick und setzen auf langfristige Entwicklungen, anders als Unternehmensvorstände, die häufig nur kurzfristig denken.“ Betriebsrat Carsten Bätzold veranschaulichte den bevorstehenden Strukturwandel an zwei Zahlen. Der Antriebsstrang bei einem Verbrennungsmotor habe rund 1.400 Teile, bei einem Elektromotor sind es nur 200. Auf diese Veränderung müsse sich das Unternehmen einstellen, und zwar nicht mit dem Auflegen von Sparprogrammen, sondern durch einen echten Zukunfts-

pakt. „Die Zeit läuft uns davon“, befürchtete Thorsten Schäfer-Gümbel. „Die Verantwortung wird hin und her geschoben zwischen Regierung, Markt, Industrie und Verkehrsunternehmen. Die Politik muss ihren Gestaltungsanspruch endlich reali-

sieren und die Zuständigkeiten bündeln.“ Vor der Diskussionsveranstaltung hatte Schäfer-Gümbel bei einem Praxistag eine Schicht lang im VW-Werk mitgearbeitet und dort viele unmittelbare Eindrücke gewonnen. ■



Die Sicherung von Arbeit und Einkommen war das zentrale Thema der Veranstaltung mit Carsten Bätzold (links) Manfred Schaub (Mitte) und Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL.

ZWEI MILLIARDEN GRÜNDE GEGEN DIE CDU

Seit 2011 habe die CDU-geführte Landesregierung den hessischen Kommunen mehr als zwei Milliarden Euro vorenthalten. Das ist das Ergebnis der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der SPD im Hessischen Landtag. Der SPD-Abgeordnete Torsten Warnecke stellte dazu fest: „Die Zahlen, die der Finanzminister geliefert hat, belegen, wie unter Führung der CDU der Landeshaushalt zulasten unserer Städte, Gemeinden und Landkreise saniert wurde. Was vom Finanzminister beschönigend als ‚Korrekturvolumen‘ bezeichnet wird, ist nichts anderes als Geld, das die Landesregierung den Kommunen weggenommen hat.“ Im Jahr 2011 habe die CDU-geführte Landesregierung das erste Mal den Betrag von rund 380 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) herausgenommen. Die einseitigen Kürzungen im KFA zulasten der Kommunen addierten sich für die Jahre 2011 bis 2015 auf mehr als zwei Milliarden Euro. ■



Torsten Warnecke, MdB.

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

PRAXISTAG: TSG BEI OPEL

Im Rahmen der Praxistage war Thorsten Schäfer-Gümbel in Rüsselsheim zu Gast. Bei der Adam Opel AG stand er in der Frühschicht am Band. Hinterher sagte er: „Das war heute wieder ein sehr lehrreicher Praxistag für mich. Ich hatte die Chance, eine Schicht in der Montage des Insignia und Zafiras mitzuarbeiten. Dabei kam es zu vielen interessanten Begegnungen mit den Beschäftigten. Herzlichen Dank allen, die mich so freundlich aufgenommen haben.“ ■



FOTOS: PETER JÜLICH

SENIORENPOLITIK ERNST NEHMEN

Mit deutlichen Worten hat die senienpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Ulrike Alex, auf die Regierungserklärung reagiert, die Minister Stefan Grüttner in der vergangenen Plenarwoche abgegeben hat. „Es ist schon erschütternd, wie wenig die schwarz-grüne Landesregierung zum Thema ‚Leben im Alter‘ zu sagen hat. Antworten auf die Herausforderungen einer Gesellschaft des langen Lebens mit einem stetigen Anstieg der Älteren hat der Sozialminister versprochen – geliefert hat er vor allem Binsenweisheiten und Allgemeinplätze“, warf Alex dem Minister vor. Eine Senienpolitik, die sich in einer kleinen Nische des großen Sozialministeriums verstecke, gehe an der Wirklichkeit und an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. „Wenn man Politik für Senioren nicht als Querschnittsaufgabe über alle Politikfelder und staatlichen Ebenen versteht, dann wird diese Politik nichts bewirken, nichts bewegen und nichts besser machen.“ Einzelne Projekte, die der Minister vorgestellt habe, seien vermutlich sinnvoll, sie fügten sich aber beim besten Willen nicht zu ei-

nem schlüssigen Konzept, mit dem man den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft begegnen könne. Ulrike Alex sagte: „Was wir brauchen, ist ein Plan aus einem Guss, der die erforderlichen Anpassungen im Gesundheitswesen, bei der Pflege, der Wohnraumförderung, der Mobilität und der kulturell-gesellschaftlichen Integration älterer Menschen so miteinander verbindet, dass er der Realität des demografischen Wandels gerecht



Warf dem Sozialminister eine planlose, lustlose und ideenlose Senienpolitik vor: Ulrike Alex, MdB.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

wird.“ Die schwarz-grüne Landesregierung insgesamt und der Sozialminister im Besonderen seien in Sachen Senienpolitik planlos, lustlos und ideenlos, so die SPD-Abgeordnete: Eine altersgerechte, sozialräumlich orientierte Politik werde in Hessen nicht vom Land, sondern vor allem vor Ort in den Kommunen gemacht. Die Landesregierung vernachlässige ihre Aufgabe, steuernd und unterstützend tätig zu werden, beispielsweise durch die Schaffung von Planungsrecht, durch Wohnraumförderung, durch einen funktionierenden Personennahverkehr, durch Unterstützung von Begegnungsstätten und Beratungsangeboten. „Und die Kommunen müssten ausreichend ausgestattet und von Sparzwängen befreit werden. Sonst können sie der Aufgabe gar nicht gerecht werden“, kritisierte Alex. Vor allem aber gehöre ein enger Austausch mit den Betroffenen dazu, um deren Expertise zu nutzen. Deshalb werde sich die SPD weiterhin dafür einsetzen, dass es auch in Hessen eine stärkere Einbindung von Seniorinnen und Senioren in allen sie betreffenden Politikfeldern geben werde. ■

FEHLENDE GLAUBWÜRDIGKEIT

Innenminister Beuth fehlt nach Einschätzung der innenpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, Nancy Faeser, die Glaubwürdigkeit, wenn sich die CDU für einen besseren Schutz von Einsatzkräften vor Gewalt einsetzt. Der hessische Innenminister lasse sich für eine Gesetzesänderung der großen Koalition im Bund feiern, mache jedoch nicht seine eigenen Hausaufgaben. Konsequenzen



Nancy Faeser, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

für die schlimmen Angriffe auf die Polizei bei den Blockupy-Protesten im Jahr 2015 seien in Hessen beispielsweise Fehlanzeigen. „Nur eines Berichtsanspruchs unserer Fraktion ist zu verdanken, dass überhaupt eine Aufarbeitung dazu stattgefunden hat. Wir wissen nun, dass es 150 verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte mit zum Teil sehr schweren Verletzungen und eine verletzte Demonstrantin gab. Kein Angreifer wurde wegen Körperverletzung verurteilt. Von insgesamt 675 Ermittlungsverfahren wurden 645 eingestellt – das sind 96 Prozent. Es gab lediglich sechs Verurteilungen wegen schweren Landfriedensbruchs für diesen schrecklichen Tag in Frankfurt. Die vollmundigen Ankündigungen des Innenministers für eine konsequente Strafverfolgung sind nachweislich ins Leere gelaufen. Ein Rechtsstaat muss gegen gewaltbereite Personen handlungsfähig sein, und das scheint bei den vorliegenden Befunden nicht mehr gegeben. Laut dem Statistischen Bundesamt werden in Hessen nach Berlin bundesweit die meisten Gerichtsverfahren ohne Urteil eingestellt. Dies ist auch eine Folge der mangelnden Personalausstattung innerhalb der Justiz“, sagte Faeser. Leider würden die tätlichen Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehr stetig zunehmen. Auch Beamtinnen und Beamte in den Ämtern würden immer häufiger Opfer von gewalttätigen Übergriffen. Sie wirksam zu schützen, sei gemeinsame Aufgabe der Politik. ■



FOTO: MIKKA LÜSTER - CC BY-SA 2.0

Ein ausgebranntes Polizeiauto nach den Blockupy-Protesten 2015. Kein einziger Angreifer auf die Polizei wurde wegen Körperverletzung verurteilt.

FRAUEN IN TEILZEITFALLE

Verärgert hat sich die stellvertretende Vorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Lisa Gnadl, über die Weigerung der CDU gezeigt, Beschäftigten ein generelles Recht auf die Rückkehr von einer Teilzeit- in eine Vollzeitbeschäftigung einzuräumen. Damit lasse die Union Millionen von Frauen in der Teilzeitfalle sitzen, so Gnadl. Etwa 80 % der mehr als elf Millionen Teilzeitbeschäftigten seien weiblich. Mehr als die Hälfte aller Mütter in Deutschland arbeite Teilzeit. Aber selbst wenn diese Frauen wieder Vollzeit arbeiten wollten und könnten, beispielsweise, weil ihre Kinder schon größer seien, bliebe ihnen der Weg zu einer Vollzeitstelle versperrt. Sie sitzen in der Teilzeitfalle. Die Folgen seien verheerend: geringerer Verdienst, keine Karrierechancen, geringere Renten bis hin zur Altersarmut. „Dass die CDU den Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles für ein Rückkehrrecht in Vollzeit erst monate-

lang blockiert und schließlich ganz zum Scheitern gebracht hat, zeigt erneut, dass die CDU selbst unter einer weiblichen Vorsitzenden für Frauen unwählbar bleibt“, sagte Gnadl. Die CDU entpuppe sich ein weiteres Mal als die Lobby-Partei der Arbeitgeber. ■



FOTO: PIXISSELL - FOTOLIA

Teilzeitarbeit führt häufig in eine berufliche Sackgasse, weil es kein Recht auf Rückkehr gibt.

PRIVATISIERUNG DER AUTOBAHNEN VERHINDERT



FOTO: DIGITALSTOCK - FOTOLIA

Nur mit der SPD garantiert: Bundesautobahnen, die zu 100 % in öffentlicher Hand sind und auch bleiben.

Die möglichen Hintertüren für eine Privatisierung werden auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion durch zwei Grundgesetzänderungen geschlossen. „Für die SPD war immer klar, dass die Bundesautobahnen zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben müssen. Der Absicht von Bundesfinanzminister Schäuble, Beteiligungen von Privatinvestoren bis zu 49 Prozent zu ermöglichen, wurde damit endgültig ein Riegel vorgeschoben“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Uwe Frankenberger. Der Verkehrspolitiker wies darauf hin, dass die SPD-Landtagsfraktion der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft kritisch gegenüber gestan-

den habe. Nachdem aber der hessische Ministerpräsident Bouffier gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft zugestimmt habe, sei es für die SPD darum gegangen, bei den Bundesfernstraßen das Primat der Politik zu erhalten und für gute Bedingungen der Beschäftigten in den Straßenbauverwaltungen einzutreten. Klar gestellt sei auch, dass niemand aus den Straßenbauverwaltungen der Länder – in Hessen: Hessen-Mobil – gegen seinen Willen gezwungen werden könne, in die neue Bundesgesellschaft zu wechseln. ■

KONTROLL- VERZICHT AM UKGM

In der Debatte im Hessischen Landtag zum „Zukunftskonzept“ für das Universitätsklinikum Gießen Marburg (UKGM) warf Handan Özgüven der CDU eine „Feierlaune auf Kosten der Bürger, Beschäftigten und Patienten“ vor. Özgüven kritisierte, dass sich die Arbeitsbedingungen am UKGM nach der Privatisierung verschlechtert hätten. Nun verzichte das Land mit dem „Zukunftskonzept“ ausgerechnet auf Kontrollrechte. „Ausgerechnet diejenigen, die die Fusion, Privatisierung und den Verkauf der Universitätskliniken Marburg und Gießen organisiert haben und sonst immer versuchen, das Bild zu vermitteln, man habe nach dem Verkauf nichts mehr mit den dortigen Entwicklungen zu tun, wollen jetzt einen vermeintlichen Erfolg für sich verbuchen. Dabei war und ist die Privatisierung alles – bloß kein Erfolg“, sagte die Abgeordnete. ■



Handan Özgüven, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION



DAS LANDESFEST IN RÜSSELSHEIM

Beim diesjährigen Hessentag in Rüsselsheim war auch die SPD-Fraktion wieder mit einem Stand in der Halle der Landesausstellung vertreten. Wir haben uns über die zahlreichen Besucherinnen und Besucher gefreut, die die Chance genutzt haben, mit uns in den zehn Tagen ins Gespräch zu kommen. ■



Der Vorsitzende des Opel-Gesamtbetriebsrats, Wolfgang Schäfer-Klug, berichtete in der öffentlichen Fraktionssitzung über den umwälzenden Strukturwandel, der in der Automobilindustrie bevorsteht.



V. l. n. r.: Handan Özgüven, MdI, Dr. Afrim Bytyqi, Kerstin Geis, MdI, Heinz Lotz, MdI, und die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht, MdB.



Gemeinsam mit dem Hessentagspaar – Selma Kücükavuz und Marcel Sedlmayer – besuchte Oberbürgermeister Patrick Burghardt die Fraktionssitzung. Hier bei einem gemeinsamen Foto mit der örtlichen SPD-Abgeordneten Kerstin Geis und Thorsten Schäfer-Gümbel.



Der stellvertretende Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbands, Dr. Christoph Weltecke, sprach sich dafür aus, Brandschutzerziehung stärken in den Schulalltag zu integrieren.

SCHWARZ-GRÜNE MOGELEI

Als „schwarz-grüne Mogelpackung mit geringem pädagogischen Mehrwert“ hat der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, den sogenannten Pakt für den Nachmittag bezeichnet. Bildung müsse kostenfrei sein – von der Kita bis zur Hochschule. Der Pakt für den Nachmittag, der verlässliche Betreuung und Bildung für Grundschulkindern bieten solle, sei das Gegenteil. Er führe nicht zu einer Entlastung,



Christoph Degen, MdI

sondern zu einer erheblichen finanziellen Belastung von Eltern und Kommunen. „Statt mehr Zeit für Bildung, ist der Pakt nicht mehr als eine kostenpflichtige Betreuung in den Räumen der Schulen. Statt mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe zu schaffen, schreckt er finanziell schwächere Familien von einer Teilnahme ab. Statt Kostenfreiheit, ist er nichts anderes als die Einführung von Schulgeld durch die Hintertür“, sagte der Bildungsexperte. ■

KEINE RENTE MIT 70

Mit dem von Martin Schulz vorgestellten Rentenkonzept schaffe die SPD neues Vertrauen in die gesetzliche Rente, urteilte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Decker. Die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2030 und eine gleichzeitige Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent sei gerade an die jüngere Generation ein wichtiges Signal. „Die CDU will das Rentenniveau offensichtlich weiterhin auf 43 Prozent absinken lassen und anscheinend das Rentenalter auf 70 Jahre erhöhen“, sagte Decker. ■



Sabine Waschke, MdI

EUROPA STÄRKEN

Die SPD setzt sich für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität in Europa ein. Die europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sabine Waschke, sprach sich dafür aus, antieuropäischen Stimmungen in den Mitgliedstaaten in Europa zu begegnen, indem man die soziale Integration vorantreibt. „Wir haben die Landesregierung deshalb in einem Antrag aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass sozialer Fortschritt in Europa denselben Stellenwert erhält wie wirtschaftlicher Fortschritt. Die Verbesserung sozialer Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Familien muss dieselbe Priorität haben wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Markt und Wettbewerb. Wir brauchen eine europaweit koordinierte Mindestlohnpolitik, so dass das soziale Grundrecht auf eine angemessene Entlohnung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa endlich umgesetzt wird“, so Waschke. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Martina Häußl-David
Johanna Lanio

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden